

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,20 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erstattung bezogen für Preussland und Österreich 12,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Währungs-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M., zuzüglich Währungs-Aufschlag, per Brief für Preussland und Österreich 20,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80.

Die abendliche Ausgabe beginnt ab dem 1. November 1920 mit einer neuen Nummerierung. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Personal-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Morgen-Ausgabe: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4649, 4921

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine neue Front gegen Rußland

Sawinkow marschiert!

Kopenhagen, 3. November.

Nach einem Telegramm aus Warschau haben Sawinkow und General Balachowitsch, der Oberkommandierende der freiwilligen russischen Armee, gemeinsam an Pilsudski und General Wrangel eine Depesche gerichtet, in der es heißt, die freiwillige russische Armee habe die in Riga festgesetzte vorläufige Grenze überschritten, um das unabhängige Weißrußland zu besetzen und die bolschewistischen Machthaber zu vertreiben.

Sawinkow und General Balachowitsch haben seit Wochen von Warschau aus die Aufstellung einer neuen Armee betrieben. Es ist ihre Absicht, über Minsk in das innere Rußland vorzustoßen, um in Verbindung mit Wrangel und Petljura die Sowjetregierung zu stürzen. Die Aufstellung dieser Armee konnte nur mit polnischer Unterstützung durchgeführt werden. Auch jetzt, wo die Armee zu ihren ersten Operationen geschritten zu sein scheint, hängt ihr weiteres Schicksal von der polnischen Hilfe ab. Die offene Unterstützung eines konterrevolutionären Unternehmens durch die polnische Regierung wird den Frieden von Riga äußerst gefährden. Der Osten steht vor neuen schweren Erschütterungen, Polen und die französischen Imperialisten sind verantwortlich für die Ereignisse, die sich an das Sawinkow-Abenteuer anschließen werden.

Polnische Friedenssabotage

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Riga, 4. November.

Der stellvertretende Vorsitzende der russisch-ukrainischen Friedensdelegation, Dolenitz, überlieferte dem stellvertretenden Vorsitzenden der polnischen Friedensdelegation, Wassiliewski, eine Note, in der hingewiesen wird, daß Petljuras Truppen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes Kriegsaktionen fortgesetzt haben. Die in Verditshew tagende polnische Waffenstillstandskommission gab in ihrer Sitzung vom 23. Oktober zu, daß die Petljura-Truppen einen Teil der polnischen Armee bilden und einem polnischen Oberkommando untergeordnet seien. Die polnische Kommission weigerte sich hierbei prinzipiell, die russischerseits aufgeworfene Frage zu beantworten, ob Polen sich verpflichten wolle, die Petljura-Truppen nach Rückzug hinter die Staatsgrenze zu veranlassen und sie im Falle eines Widerstandes zu entwaffnen. Die polnische Subkommission lehnte es ferner ab, den Aufenthaltsort des Petljura-Stabes zu nennen, nachträglich erklärte sie jedoch, daß ihr der gegenwärtige Aufenthaltsort des Stabes unbekannt sei. Nachdem bald darauf die Subkommission vom polnischen Stab instruiert worden war, erklärte sie, daß die Petljurische Frontlinie nicht in die Waffenstillstandslinie eingeschlossen sei. Hieraus wurde den Polen die Frage gestellt, ob die obengenannte polnische Antwort den Abbruch ihrer Beziehungen zu Petljura bedeute und ob Petljura aufgehört habe, Polens Verbündeter zu sein. Der polnische Oberst Woldestul verweigerte auch auf diese Frage die Antwort.

Dolenitz erklärt, daß dies alles die Ausführung des Waffenstillstandes und die Feststellung einer neutralen Zone unmöglich mache. Rußland und die Ukraine werden daher die polnische Regierung für eventuelle Schädigung der Interessen Ruß-

lands zur Ukraine und Weißrußlands verantwortlich machen und die Unzulässigkeit ausweichender Antworten in Fragen bezüglich der Ausführung des Waffenstillstandes betonen.

Radek über den Frieden mit Polen

In der Moskauer „Iswestija“ schreibt Radek unter dem Titel „Einen Frieden mit Polen gibt es noch nicht“, daß die polnischen Nationaldemokraten, die in ihrem Parteikampf gegen Pilsudski die Friedensparole ausgegeben hatten, jetzt bekehrt seien, den Kampf gegen Sowjetrußland durch Unterstützung von Petljura, Sawinkow, Balachowitsch usw. fortzuführen. Die sozialistische Partei und die Volkspartei wollen wirklich Frieden. Sie erklären sich gegen die Sabotage des Friedens. Pilsudski, dessen Politik sowohl von Sach gegen Sowjetrußland wie noch mehr gegen das weiße Rußland als auch von der Furcht vor der Erstarkung der nationaldemokratischen Reaktion bestimmt wird, schwankt zwischen beiden Parteien. Die Winaer Frage könnte Pilsudski zu einem Zusammengehen mit den Nationaldemokraten bringen. Dadurch wäre der Frieden umgestoßen. Infolgedessen kommt Radek zum Schluß, daß man auch weiterhin an der Westfront Kampfbereit dastehen müsse.

Ein weißgardistisches Attentat

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Riga, 4. November.

In der Nacht zum 1. November erschien in Riga im Hotel Bellevue, dem Wohnsitz der russischen Gesandtschaft, ein Unbekannter und verlangte ein Zimmer. Auf die Antwort der Hotelangestellten, daß Zimmer an Private hier nicht vermietet werden, gab sich der Unbekannte als diplomatischer Kurier aus Moskau aus, der in einer heimlichen und dringenden Angelegenheit den Gesandten Hanekly sprechen müsse. Das lettische Auswärtige Amt und die Polizei wurden von Hanekly verständigt. Eine Durchsuchung des Unbekannten durch die Polizei führte zur Entdeckung eines Revolvers und eines auf den Namen Michael Dadershof lautenden Passes, der von Judenitsch ausgestellt war. Da Dadershof auf einer Unterredung mit Hanekly bestand, wurde ihm dieselbe in Anwesenheit der lettischen Polizei bewilligt. Dadershof teilte mit, daß am nächsten Tage ein Schiff namens „Saratow“ mit 300 russischen Offizieren an Bord von Riga aus nach der Arim zu Wrangel abfahren werde. Nachforschungen der lettischen Polizei bestätigten die Richtigkeit dieser Angaben. Das Gesandtschaftspersonal wie auch die lettische Polizei fand der Meinung, daß es sich um den Versuch eines Attentates handelte.

Der Rückzug Wrangels

II. Paris, 5. November.

Die „Chicago Tribune“ meldet unterm 3. November aus Konstantinopel: Die bolschewistische Offensive erweist sich für die Armee des Generals Wrangel verhängnisvoll, der von allen Seiten von einer überaus starken Truppenzahl bedrängt wird. Nach hieher gelangten Nachrichten wird er große Schwierigkeiten haben, seine Armee zu retten. Die Bolschewisten beabsichtigen, den Rückzug der Armee Wrangels von der Landung von Peretop abgebrochen zu haben. Es bleibe demnach der Armee nur der Eisenbahnweg von Melitopol, der mit einer Brücke von drei Meilen Länge nur einen sehr schwer zu bewerkstellenden Rückzug gestattet.

gewählt werden. Ihm wird auch die Wehrmacht unterstellt werden, deren Leitung der Oberst Körner übernehmen soll. Das Ernährungsamt bleibt auch weiterhin in den Händen des Sektionschef Grünberger. Das Staatsamt für Handel wird der jetzige Staatssekretär Heintz und das Staatsamt für Ackerbau der jetzige Staatssekretär Kaneis auch weiterhin leiten. Der jetzige Staatssekretär für Finanzen, Dr. Reich, wird aus dem Kabinett ausscheiden und mit dem ehemaligen Generalsekretär der Oesterreich-Ungarischen Bank, Friedrich Schmied, und dem Sektionschef Grimm bezüglich Uebernahme des Staatsamtes verhandeln. Das Staatsamt für Verkehrswesen soll der jetzige Staatssekretär Pesta wiederum übernehmen, und zum Präsidenten des Nationalrates wird entweder Dr. Weiskirchner oder Abgeordneter Hausler vorgeschlagen werden. Der ehemalige Staatssekretär Ederich wird voraussichtlich von den Sozialdemokraten und der Abgeordnete Dr. Dinghofer von den Großdeutschen zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung entsendet werden. Für die Stelle eines Bundespräsidenten werden in erster Linie der ehemalige Minister Homan und der Landeshauptmann Hintelen genannt.

Die Haltung der Sozialdemokraten

Präsident Seih äußerte sich in einer Besprechung mit einer politischen Persönlichkeit über die Haltung der Sozialdemokraten: Die Sozialdemokraten werden die parlamentarischen Posten, welche ihnen entsprechend der Stärke ihrer Partei in den Ausschüssen, im Präsidium usw. zugehen, belegen. Eine Teilnahme an der Regierung lehnen sie jedoch ab, ebenso auch jede Verantwortung.

Eine ernste Warnung

Vor einigen Tagen ist im Berliner Westen ein neuer Varietés-Palast eröffnet worden. Der Saal und die Logen waren dicht gefüllt mit einem glänzenden Publikum. Die Spitzen der Behörden, die Korporation der Film-Industrie, alles, was in der deutschen Republik ein würdiges Amt bekleidet oder einen klingenden Titel besitzt, hatte sich zu dem Schauspiel eingefunden. Gesellschaftstollette war vorge-schrieben. Seidene Kleider rauschten, Gold glänzte, Brillanten glitzerten. Eine wohlige Wärme lag über dem Raum. Alles Erdschwere war vergessen, man konnte sich ganz dem Genuß der Stunde hingeben.

In den Fleischerläden hängen wieder wie vor dem Kriege die Rinderviertel und die Schweinehälften. Leckerer Schinken, feinste Thüringer Wurst, herrlicher Schweizerkäse, ausgezeichnetes Konfekt, alle Delikatessen der Welt füllen die Schaufenster der Feinkostgeschäfte. In den Dielen fließt der Sekt in Strömen, diskrete Musik begleitet die Unterhaltung der Speisenden in den vornehmen Restaurants. In den Konditoreien laden Berge von Kuchen, aus feinstem weissen Mehl hergestellt, zum Genuß ein.

Die andere Seite. Auf dem Döberitzer Exerzierplatz, auf dem zu Wilhelms Zeiten glänzende Kavallerie-Attaken geritten wurden, streichen in trübem Dämmerlicht des November arbeitslos gekleidete Gestalten umher. Sie suchen die Reste vergangener militärischer Herrlichkeit zusammen. Sprengstücke, Zünderteile, Geschösmantel werden gesammelt und nach der Stadt geschleppt, um hier zu Gelde gemacht zu werden. Tiefsache Gefahren umlauern die Suchenden. Militär und Polizei machen Jagd auf sie. Ist man dem Auge des Gesetzes glücklich entronnen, so besteht noch die Sorge, das Pulververfälschte beim Auseinandernehmen der Geschösmantel zur Explosion kommen und furchtbares Unglück anrichten.

Ein solches Unglück hat sich gestern im Norden Berlins ereignet. Ein arbeitsloser Arbeiter suchte auf den Schießplätzen Granaten und Zünder zusammen, um sie zu verkaufen. Die Mißbewohner des Hauses hatten wiederholt Vorstellungen dagegen erhoben, daß der Mann mit den gefährlichen Gegenständen in seiner Wohnung hantierte. Es war vergeblich. Stärker als alle Vorstellungen war der Wunsch des Arbeitslosen, die Lebensmöglichkeiten seiner Familie durch die gefährliche Nebenbeschäftigung zu verbessern. Es mag sein, daß der arbeitslose Arbeiter fahrlässig gehandelt hat. Aber er hat seine Schuld gebüßt. Er selbst fiel dem Unglück zum Opfer, seine Frau, seine Kinder sind so schwer verletzt worden, daß sie kaum mit dem Leben davon kommen werden.

Der Mann hat schwere Schuld auf sich geladen, denn nicht nur seine eigene Familie ist durch die Explosion schwer geschädigt worden, auch viele Hausbewohner wurden verletzt, sie müssen ihre Wohnstätten räumen, weil das Haus vom Einsturz bedroht ist. Aber wenn je, so gilt hier das Dichterswort: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein!“ Die Schuld, die der Arbeitslose im Norden Berlins auf sich genommen hat, ist eine schwere Anklage gegen die heutige Gesellschaft. Sie liefert die Proletarier, die arbeiten wollen und nicht arbeiten können, einem Dasein voller Hunger aus und speist sie im günstigsten Falle mit einigen Bettelpennigen ab. Die kapitalistische Wirtschaft gibt einer kleinen Minderheit die Möglichkeit, sich alle Genüsse des Lebens zu verschaffen und verhängt über die große Masse der Bevölkerung alle Plagen der Ausbeutung, der Arbeitslosigkeit und der Unterernährung, der körperlichen und geistigen Erkrankung.

In derselben Nummer eines Berliner Blattes, in dem über das Explosionsunglück im Berliner Norden berichtet wird, findet sich eine Meldung aus Dresden, wonach die dortigen Arbeitslosen eine Erhöhung des Unterstützungsminimums auf 350 Mark wöchentlich für Männer und 250 Mark wöchentlich für Frauen gefordert hätten. Das Blatt entrüstet sich natürlich über diese „un glaubliche“ Forderung der Arbeitslosen, denn das würde für sie ein Jahreseinkommen von mehr als 18 000 Mark bedeuten. Undskuntabel sei sie für die sächsische Regierung schon deshalb, weil verlangt werde, daß die Befristung der Unterstützungszahlungen aufhören solle. Den Arbeitslosen soll also eine Rente von unbefristeter Dauer, für die dazu noch Steuerfreiheit komme, zugefanden werden. Sie hätten schon vor einigen Tagen angeknüpft, daß sie die Dresdener Arbeiterschaft zum Generalfreitag auffordern würde, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden sollten. Die Meldung schließt mit den Worten: „Es fragt sich aber, ob sich die hiesige Arbeiterschaft dazu bereitfinden wird, — besonders wenn man bedenkt, daß es viele vollbeschäftigte Arbeiter gibt, die weniger als 250 Mark wöchentlich verdienen.“

Wir wissen nicht, ob die Meldung in ihren Einzelheiten zutrifft. Aber das eine wissen wir, daß noch nicht einmal mit 350 Mark in der Woche eine Arbeiterfamilie imstande ist, ihre Existenz unter nur einigermaßen erträglichen Verhältnissen zu fristen. Nun stelle man es sich vor, daß selbst viele vollbeschäftigte Arbeiter, wie das bürgerliche Blatt zugeben muß, weniger als 350 Mark in der Woche verdienen,

Harding über den Völkerbund

H. London, 5. November.

Harding hat jetzt 390 Wahlmänner, Cox nur 127. Es steht nur noch das Ergebnis von zwei Staaten mit 13 Wahlmännern aus. Es steht fest, daß Hardings Wahlmännermehrheit höher sein wird, als je die eines anderen Kandidaten in moderner Zeit.

Harding äußerte sich nach der Wahl einigen Journalisten gegenüber: Bezüglich des Beitrittes Amerikas zum Völkerbund oder zu einer Vereinigung der Nationen brauche man nicht besorgt zu sein. — Hardings erster Schritt wird vermutlich die Einberufung einer Versammlung ohne Parteifarben sein, in der über Amerikas Haltung gegenüber Europa beraten werden soll, doch ist nichts Entscheidendes zu erwarten, bevor nicht der Kongress zusammentritt. Die Aussichten für eine Mitarbeit zu einer Lösung der heutigen Verhältnisse in Europa werden als günstig beurteilt.

Zur Regierungsbildung in Oesterreich

II. Wien, 5. November.

Die Verhandlungen bezüglich der Bildung einer neuen Regierung dauern an. Zum Staatssekretär des Äußeren soll ein aus- gesprochener Anschließfreund, womöglich ein Berufsdiplomate, zum Staatssekretär des Innern der jetzige Staatssekretär Freilich

daß die Arbeitslosen sich nur mit einem Teile dieses Betragtes begnügen müssen. Ist das Leben des vollbeschäftigten Arbeiters in der Regel heute nur noch ein sorgloses Hungerdasein, so macht der Kurzarbeiter und der arbeitslose Proletarier ein wahres Höllenschicksal durch.

Wir haben gehört, daß Wilhelm II. der kaiserliche Deputierte im vorigen Jahre 25 000 Mark pro Tag für sein Leben verbraucht hat. Das Bürgertum findet das ganz in der Ordnung. Aber es entrüstet sich darüber, wenn die Arbeiter 18 000 Mark für das ganze Jahr verlangen.

Auf der einen Seite also Schwelgerei, Ueberfluß, Luxus, auf der anderen Seite Hunger, Elend, Sorge, Unterernährung und Krankheit. Das ist das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, das ist die Ordnung, für die das Proletariat viereinhalb jahrelang millionenfach auf den Schlachtfeldern Europas geblutet hat, die es auch jetzt noch als die einzig geschmähte anerkennen soll.

Bald fährt sich wieder der Tag, an dem vor zwei Jahren das alte politische und militärische Regiment zusammengebrochen ist und das Proletariat des Glaubens war, daß die Zeit für eine Neuordnung der Dinge gekommen sei. Die Revolution ist in Deutschland bisher vorübergegangen, ohne daß die Erwartungen des Proletariats sich erfüllt haben. Das kapitalistische Bürgertum glaubt schon, daß die alten Herrschaftsverhältnisse sich wieder so stark gefestigt hätten, daß es die Forderungen der Arbeiterklasse hohnlächelnd zurückweisen könne.

Aber täuscht Euch nicht! Das Proletariat hat seine alte Kraft noch nicht verloren; es wird stärker denn je zuvor auftreten, wenn die Stunde der Entscheidung schlägt. Und die Arbeiterklasse wird ihre Kraft dann besser als bisher zu gebrauchen wissen. . . !

Das Explosionsunglück im Berliner Norden ist eine ernste Warnung für das Bürgertum und seine Regierung. Ihr Schuldkonto wird mit jedem Tage größer. Um so gründlicher aber wird die Abrechnung sein, die das Proletariat mit dem kapitalistischen System und seinen Trägern halten wird, wenn sie noch länger mit taubem Hohn und halben Maßnahmen der Not der Arbeitslosen begegnen wollen!

Bayern zur Auflösung der Dragesch

III. München, 5. November.

Die Morgenblätter geben heute die Schweizer Drahtmeldung wieder, wonach der Oberste Rat in Paris beschlossen habe, in einer Note die deutsche und die österreichische Regierung zur Auflösung der Organisation Escherich aufzufordern. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ betrachten diese Meldung als einen Vorläufer des amtlichen Verlangens der Entente, das wir in Würde zu erwarten haben und meint, man werde der neuesten Ententeforderung mit der ganzen Verantwortung, aber auch mit jedem Entschluß als einem Eingriff in innerdeutsche Verhältnisse entgegenzutreten.

Wenn die Auflösung der Dragesch und der bayrischen Einwohnerwehren von der Entente gefordert wird, so ist das durchaus kein Eingriff in die inneren Verhältnisse Deutschlands, sondern die Entente ist zu diesem Schritt berechtigt, da Dragesch und Einwohnerwehren den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages und des Abkommens von Spaa widersprechen. Das hat auch der preussische Minister des Innern, Herr Severing, in seinem Erlaß gegen die Dragesch unzweideutig zugegeben.

Eine innere Angelegenheit ist die Auflösung der Dragesch und der Einwohnerwehren nur insofern, als sie auch im Interesse der Republik dringend erforderlich ist. Denn in der Dragesch haben sich alle jene militärischen Geheim- und Nebenerbände vereinigt, die am 13. März zusammen mit der Reichswehr das Rappuntennehmen bewerkstelligten. Einwohnerwehren, Zeitfreiwillige und Freikorps, sie sind faktisch nicht aufgelöst, sondern sie haben nur ihren Namen geändert und sich in der Dragesch als sogenannte Selbstschutzbünde fester denn je zusammen geschlossen.

Dieser zentrale Zusammenschluß macht die Dragesch zu einem gefährlicheren Instrument, als es vorher die vielen zerstückelten Einzelverbände waren. Das hat der 13. März gelehrt, der nicht zuletzt auch deshalb unglücklich für die

Putschisten ausfiel, weil durch das Nebeneinanderarbeiten löstbare Zeit verloren ging und die Einheitslichkeit des Handelns unmöglich wurde. Diesem Uebelstand soll durch straffe Zentralisation aller gegenteilnehmlichen Verbände abgeholfen werden. Deshalb reist Escherich im Lande herum und spornet seine Mannen zu eifriger Arbeit an. Wobei allerdings bemerkt werden muß, daß auch Escherich, bei allem lobenswerten Fleiß, den er an den Tag legt, nur die vorgegebene Person ist. Man hat ihn gewählt, in der Hoffnung darauf, daß durch seinen Namen die Sache der Reaktion nicht gleich von Anfang an in schwerer Weise kompromittiert wird. Die wahren Schöpfer und Organisatoren der Dragesch aber, das sind Lüttich, Ludendorff, Oberst Bauer, Major Blüchhoff, das sind die Balkumabenteurer, die Freikorpsführer, die aus der Reichswehr und der Sicherheitspolizei entzerrten Offiziere, die Sache nehmen wollen für den 13. März durch ein Unternehmen, das besser organisiert und mit mehr Aussicht auf positiven Erfolg baldigst unternommen werden soll.

Ja, die Auflösung der Dragesch ist eine innere Angelegenheit, sie ist angesichts der drohenden Gefahr sogar das dringendste Gebot der Stunde. Für die Republik! Wenn der Oberste Rat die gleiche Forderung aufstellt, so darf die Regierung keinen Augenblick zögern, sie zu erfüllen. Sie kommt damit nur einer Verpflichtung nach, die schon längst hätte erfüllt werden müssen. Die Dragesch ist die Putschorganisation der monarchistischen Parteien in Deutschland und in Oesterreich. Ihre Häupter reichen bis nach Ungarn hinüber, sie ist also auch eine europäische Gefahr. Je schneller sie verwindet, desto besser. Das Lebensinteresse der Republik erheischt ihre sofortige Auflösung.

Ramm und Hermes

Die „P. P. A.“ veröffentlicht den Briefwechsel zwischen Minister Hermes und dem Staatssekretär Ramm. Dilemme Briefwechsel ist eine Erklärung beigefügt, die der Staatssekretär Ramm am 11. Mai im Städtischen Ausschuh zu der Frage der Anschaffung von Möbeln und der Autos durch Hermes abgeben lassen wollte. In dieser Erklärung heißt es:

Wenn das Reichsernährungsministerium diese an sich notwendigen Gegenstände aus Reichsmitteln nicht beschaffen kann, so ist die Landwirtschaft und die Düngerindustrie gern bereit, diesbezüglich mit dem Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft zu verhandeln. Es muß aber der größte Wert darauf gelegt werden, daß die Verfügung über alle Ausgleichsfonds, die in der Düngerwirtschaft angeammelt sind und angeammelt werden, den Kreisen überlassen bleibt, die das Geld aufgebracht haben, damit eine Gewähr dafür geboten wird, daß dieses Geld ohne Zustimmung dieser Kreise nicht anderen Zwecken zugeführt wird, als für die sie bestimmt sind.

Das preussische Landwirtschaftsministerium stellt deshalb den Antrag, daß die Verwaltung dieser Fonds je einer von den in Frage kommenden Ausschüssen gewählten Kommission übertragen wird und daß von 6 zu 6 Monaten eine Prüfung der Kassen und der Rechnungen durch besonders Beauftragte dieser Ausschüsse ausgeführt wird, daß außerdem diesen Ausschüssen nach Billigung der Rechnungen und Kassen eine Aufstellung vorgelegt wird, aus der der Stamm der Fonds und ihrer Verwendung klar hervorgeht.

Aus einer Anmerkung des Staatssekretärs Ramm geht hervor, daß diese Erklärung in der Sitzung nicht verlesen wurde, weil Minister Hermes vorher Vertretern der Landwirtschaft gegenüber erklärt hatte, die Angelegenheit solle auf andere Weise erledigt werden!

Die Gründe für diese eigenartige Tatsache werden verständlich, wenn man aus dem weiteren Schriftwechsel davon Kenntnis erhält, daß Hermes sich auch jetzt verstoßt gewiebert hat, diese Erklärung zu veröffentlichen, die sein Verhalten so scharf verurteilt. Er suchte bei Ramm um die Erlaubnis nach, dessen Brief an ihn zu einer Verteidigung zu veröffentlichen. Aber auf Ramm's Forderung, er könne das nur gestatten, wenn zugleich der Inhalt seiner Erklärung vom 6. Mai bekanntgegeben werde, antwortete er zuerst zustimmend, um später zu tun, als ob davon nie die Rede gewesen sei.

Es wird hiernach niemand wundern, daß Hermes bei Erörterung seiner Angelegenheit im Haushaltsausschuh den Brief Ramm's nur auszugswiese und ohne die Erklärung zitierte.

Hilfsmaßnahmen für Oesterreich

III. Wien, 5. November.

Der Vorsitzende der Reparationskommission äußerte sich vor seiner Abreise in Paris, daß er sich vor allen Dingen dafür einsetzen werde, Oesterreich mit Rohstoffen, besonders Kohle, zu versehen. Ferner werde er für die Einfuhr freieren Saatsgutes und für die Zufuhr frischen Blutes für die Viehzucht sorgen. Außerdem stand in Behandlung die Frage der Ausnutzung der Wasserkräfte für Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Eisenbahn, wirtschaftliche und verkehrsmäßige Erleichterungen im Verkehr mit den Nachbarstaaten, sowie die Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Lebensmitteln.

Die Berner Tagung

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)
Bern, 4. November.

Die Geschäftsleitung der Schweizer Sozialdemokratie beschloß, die von ihr einberufene internationale Konferenz mit jener der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu vereinigen, das heißt für den 5. Dezember nach Bern einzuladen.

Verhandlungen über Danzig

III. Danzig, 5. November.

Der Rechtsbeirat des französischen Ministeriums des Auswärtigen, Fromageot, verhandelte mit dem Chef der polnischen und der Danziger Delegation. Das bisherige Ergebnis der Besprechungen wird streng geheim gehalten, aber der Eindruck, daß der Abschluß der Verhandlungen nahe ist, besteht. Wie in Danziger unterrichteten Kreisen betont wird, sind die dargelegten Abänderungswünsche beider Parteien, soweit der festerlich erklärte Standpunkt der Vorkonferenz ihnen überhaupt Raum bietet, erheblich. Indessen sollen die beiderseitig formulierten Abweichungen inhaltlich nicht so bedeutend sein, daß nicht eine Einigung möglich wäre, wenn an den guten Willen der Zusammenarbeit beider Parteien appelliert würde. Dies steht allerdings voraus, daß der Vertrag beiderseits loyal gehalten wird.

Die preussischen Landtagswahlen

Der Verlesenausschuh der Preussischen Landesversammlung sah über die Geschäftsverteilung folgende Beschlüsse: Die zweite Lesung der Verfassung wird in der laufenden Woche beendet. Die dritte Lesung der Verfassung beginnt am Montag, den 15. November. Die nächste Woche bleibt frei, um dem Hauptausschuh und dem Ausschuh für das Wahlgeseh Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Der Wahlgeseh soll in der nächsten Woche das Geseh so weit fördern, daß es der Vollversammlung baldigst zugehen kann. Im Verlauf der Aussprache wurde u. a. auch über den Termin der Neuwahlen gesprochen. Dabei wurden der 6. und der 13. Februar genannt. Die Stimmung im Verleserat ging dahin, daß der 15. Februar als Termin der Wahlen in Aussicht genommen werden könnte. Ein Beschluß darüber wurde aber noch nicht gefaßt.

Der Ausschuh für die Neuwahlen in Preußen hielt gestern eine Sitzung mit Mitgliedern des Reichstagsausschusses für die Wahlen ab. Dabei kam man nach längerer Besprechungen dahin überein, daß es unzumänglich ist, für die preussischen Wahlen jetzt noch eine neue Wahlkreiseinteilung vorzunehmen. Der Ausschuh wird deshalb für die kommenden Neuwahlen auf die Neueinteilung von Wahlkreisen verzichten.

Der 9. November. Das heftige Staatsministerium hat mit Mehrheit beschlossen, bei der Feier des 9. November ebenso wie bei der Kaiserfeier zu verfahren und die Beamten und Staatsbediensteten, die den 9. November feiern wollen, für diesen Tag zu beurlauben.

Gorki über Tolstoi

Maxim Gorki hat vor kurzem in London ein kleines Buch erscheinen lassen, das den Titel „Erinnerungen an Leo Nicolajewitsch Tolstoi“ führt. Sein Inhalt setzt sich aus kurzen Tagesbuchaufzeichnungen zusammen, die vor vielen Jahren, als Gorki mit Tolstoi zusammen in der Krim weilte, unter dem freischen Eindruck seiner Unterhaltungen mit dem Nachbar Tolstoi niedergeschrieben wurden. Gorki hat Tolstoi nie geliebt, aber ihn stets verehrt. Er war für ihn der Magier, dessen Einfluß er zuweilen so stark unterlag, daß er in Anwesenheit Tolstols gelegentlich die Rolle des überzeugten Jüngers spielte. Das tat er auch eines Tages wieder, an dem er mit begeisterter Begeisterung erklärte, wie glücklich sein Leben geworden und wie rein seine Seele geblieben wäre, wenn er stets die Lehren der Apostel beherzigt hätte.

Tolstoi aber ließ sich durch diese Lobpreisung nicht verblüffen, sondern stillerte Gorki leise ins Ohr: „Sachte, achte, du Spihube, du läßt ja, und zwar nur, um mir einen Gefallen zu tun.“ Eines Tages hatte Tolstoi ein Buch gelesen, das seine Spize gegen ihn und Nischije richtete. Tschchow, der gerade anwesend war, verurteilte in scharfen Worten das Buch, Tolstoi aber unterdrückte ihn mit dem Einwand: „Nein, auch die Igniter gefallen mir, vorausgesetzt, daß sie aufrichtig sind.“ Dieser hier erklärt mit dünnen Worten, daß der Mensch die Wahrheit nicht zu kennen brauche. Und ich sage, er hat recht. Was brauchen wir die Wahrheit? Wir sterben ja doch, und was kann an Wahrheit existieren, wenn der Tod existiert?“

Gorki nimmt durchaus keinen Anstand, auch die harten Urteile wiederzugeben, die Tolstoi über seine Bücher fällte. Er nahm vor allem an der Romantik von Gorki's Darstellungen Anstoß. Die Romantik, erklärte er, sei nur das Ergebnis unserer Angst, der Wahrheit mutig ins Gesicht zu sehen. Gorki's Bauern drückten sich nach seinem Geschmack überdies viel zu gebildet aus. Außerdem aber war der Schriftsteller aus Nishni-Kowgorod auch in seinen Augen gar kein echter Russe, wie etwa Tschchow. Er entstammte vielmehr einer ihm fremden Rasse, die er zu studieren nicht müde wurde. Denn Tolstoi war stets und immer vor allem Ethnologe. Deshalb hatte in Sachen der Kunst für Tolstoi der Schriftsteller und Mensch auch immer den Vortritt vor seinem Werk. Seit vierzig Jahren wiederholte er, daß die Kunst eine Lüge, wenn auch eine schöne Lüge sei. „Wir alle,“ so erklärte er Gorki, „sind schreckliche Lügner. Ich selbst fähle, wenn ich schreibe, für die einer oder die andere meiner Personen ein starkes Mitleid, das mich bestimmt, dem einen eine gute Eigenschaft beizulegen, oder einem anderen etwas von dem Ueberfluß an Güte des einen zuzuwenden, damit er im Vergleich zu ihm nicht allzu schwarz erscheint. Ich behaupte deshalb, daß alle Kunst Verlegen-

heit ist und einen unwürdigen Handel darstellt, der dem Volk schädlich ist.“ Das hindert Tolstoi freilich nicht, am nächsten Tag schon in aller Seelenruhe seinen Roman „Krieg und Frieden“ ein Meisterwerk zu nennen, das ohne solche Bescheidenheit würdig sei, neben der „Ilias“ zu stehen. In dem Auf und Ab seiner Meinungen maß er die Schriftsteller bald mit dem moralischen und politischen Maßstab, bald wieder beurteilte er sie nach der Treue, mit der sie der Wahrheit gedient hätten oder nach ihren besonderen Lebensumständen. „Die Franzosen“, behauptete er eines Tages Gorki, „haben nur drei Schriftsteller, nämlich Staudhal, Balzac und Flaubert. Vielleicht kann man ihnen noch Maupassant beifügen, ich aber ziehe meinerseits unferen Tschchow vor. Die Goncourts sind Clowns, die ernst genommen werden wollen. Victor Hugo gefüllt mir nicht, er ist zu lärmend. — Was kann zwischen uns und den Franzosen gemeinsam bestehen? Bei ihnen überwiegt das Fleisch den Geist. Für einen Franzosen bedeutet die Frau alles. Es ist eine abgewirtschaftete Ratton. Die Letzte behaupten ja, daß alle an Auszehrung Leidenden sinnlich veranlagt sind. . . Entartung? So etwas gibt es überhaupt nicht, das ist nur eine Erfindung Lombrosos, dessen gelehriger Papagei Max Nordau ist.“

Wenn Tolstoi auf die Schriftsteller zu sprechen kam, die er aus persönlicher Bekanntschaft kannte, so wurden seine Urteile noch schärfer. Dostojewski beispielsweise beschrieb er mit den Worten: „Es war ein Mann, dessen Fleisch in beständiger Empörung war. Wenn er in Zorn geriet, so bildeten sich auf seinem kalten Schädel zwei Hüter, und die Ohren gerieten in Bewegung. Er empfand stark, dachte aber wenig. Er mußte wohl einen Tropfen jüdischen Blutes in seinen Adern haben. Er war ohne Grund mißtrauisch, ehegeizig, schwerfällig und unglücklich. Ich verstehe nicht, weshalb man ihn so viel liebt. Es ist so mühselig und so unnütz. Seine „Bloten“ sind so wenig wahr, wie sein „Kosolnikom“. Das Leben ist einfacher und durchsichtiger.“ Seine moralisierende Beurteilung der Kunst machte auch Tolstoi gegen Dickens ungerichtet. „Es ist ein sentimentaler und geschwätiger Schriftsteller“, erklärte er, „aber er weiß gleichwohl einen Roman ungleich besser aufzubringen als Balzac. Wer hat doch gleich gesagt, daß viele die Reueung haben, Bücher zu schreiben, aber nur wenige die Kraft, sich zu schämen, nachdem sie sie geschrieben haben? Balzac hat sich niemals geschämt, und ebensowenig Dickens, und doch haben beide so viele mittelmäßige Bücher geschrieben.“

Gorki hörte sich das alles damals gefassen an; in Zorn geriet er nur über die politischen Ansichten Tolstols. Seine Passivität, seine Lehre, dem Uebel keinen Widerstand zu leisten, bedeuten für Gorki eine gefährliche Irrlehre für das russische Volk.

Musik

Beethoven. Ein Klang des neuen Geistes wird offenbar, wenn man erlebt, wie sich die Arbeiterchaft feierlich auf die Wiederkehr von Beethovens 150. Geburtstag vorbereitet. In allen Distrikten finden Beethoven-Konzerte statt. Der 16. Dezember mühte ein großes Volksfest werden, — das wäre nach Sedan- und Kaisergeburtstagsfeiern das beglückende Aufleuchten eines neuen Menschheitsgefühls. Beethovens Kunst erschöpft sich nicht als eine Angelegenheit einzelner, die Gewalt ihres schicksalhaften Gehaltes läßt sie auftragen als Tempel der Menschheit. Wahrhaft ein übermenschliches Lebenswerk, das sich aus der kosmischen Offenbarung eines grenzenlosen Gemütes heroorgerungen hat. Aber auch hier gilt es, nicht aus zweiter Hand und selbsthütend zu übernehmen, sondern sich mit offenem Herzen in das Schaffen des großen Genius einzufühlen, liebend zu horchen, wo Beethoven'sche Musik erklingt.

Das 2. Philharmonische Konzert von Selmar Meyrowitz hielt Eduard Erdmann. Dieser prächtige Künstler, dessen Seele sich ebenso stark äußert wie sein heroorragendes technisches Können, ist durch die meisterhafte Nachschöpfung des Bajonischen Klavierkonzertes mit großem Orchester und Schlußchor für Männerstimmen an die heroorragende Stelle aufgerückt, die ihm unter den Bedeutendsten im öffentlichen Musikleben gebührt. Sein Werdegang ist vorbildlich für viele; er hat nicht als unfertiger die Konzerte versucht, sondern in bescheidenem Fleiß abgewartet, bis seine Zeit gekommen ist. Bajons Schöpfung ist in Berlin schon aufgeführt worden und offenbarte von neuem starke, eigenwähliche Werte. Der Meister, der anwesend war, wurde nach seiner allzulangen Trennung von Berlin jubelnd willkommen geheißen. Meyrowitz führte kraftvoll und mit temperamentvoller Umsicht den Dirigentenstab. Leider war die Sinfonia fantastique von Berlioz nach dem anspannenden Werk von Bajon zu schwere Kost.

Gustav Bracher dirigierte Beethovens 7. Symphonie als zuverlässiger, routinierter Kapellmeister. Seine Tüchtigkeit zeigte sich im Vorspiel zu „Tristan und Isolde“ zu innerlich auflebender Gestaltung. Edmund Schmid spielte — heroorragend vom Orchester begleitet — Beethovens Es-dur-Klavierkonzert mit „virtuosom Schmieh“.

Der 2. Kammermusikabend des „Anbruch“, auf dem ein zusammengebautes Quartett unterig Tansjows Klavierquartett wiedergegeben versuchte, verblähte einordnungslos. James Simon spielte aus eigenen Kompositionen 5 Klavierkonzerte, die zum Teil sehr prägnant gefaßt sind und manchen netten Einfall in sich bergen, aber nicht im geringsten grotesk wirken. Rolo Walter lang kühl und oberflächlich Symonowitsch'sche Klavierstücke. Walter Braunsfels, dessen Schöpfung eine starke Persönlichkeit wiederstrahlen, ist ein merkwürdig trockener Pianist. Seine Technik zeigte in Beethovens As-dur-Sonate wenig Geläufig-

Es lebe die Phrase!

In unserem Artikel „Die taktische Situation der Gewerkschaften“ haben wir den Versuch gemacht, der Gewerkschaftsbewegung den Platz anzuweisen, den sie im gegenwärtigen politischen Stadium einzunehmen hat, wenn sie ihre Aufgaben lösen und die Interessen der Arbeiterschaft auf allen Gebieten wirksam wahrnehmen will. Die Geister, die im Reiche der mysteriösen Vorstellungen und Erfindungen trefflich zuhause sind, mit dem Reiche der Wirklichkeit aber ohne jede Fühlung leben, werden sich in unseren auf die Tatsachen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens gestützten Darstellungen nicht zurechtfinden. Das haben wir vorher gewußt. Daß aber diese Leute unseren Artikel zum Anlaß nehmen werden, ihr Ignorantentum wieder einmal so ungeniert zu zeigen, wie es die „Internationale“ in einem Artikel „Demaskierung“ tut, haben wir trotz aller bescheidenen Ansprüche, die wir an diese Brüder zu stellen gewohnt sind, nicht erwartet.

Wir sind dafür eingetreten, daß im Lohnkampf alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen die durch das neuere sozialpolitische Gesetzgebungs- und Verordnungswesen gegeben sind, ausgenutzt werden. Die „Internationale“ hat dazu nur die dünne Bemerkung zu machen, wir empfehlen der Arbeiterschaft, sie solle die Lohnkämpfe austragen, „nach den Methoden der Arbeitsgemeinschaft unter Benützung aller Einrichtungen, die ihr zur Verfügung stehen bis zum Schlichtungsausschuss, Tarifvertragsregeln u. s. w.“ Unsere Darstellung, nach der die Arbeitsgemeinschaft und ihr Tätigkeitsfeld mit den Einrichtungen zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten und mit Lohnparolen gar nichts zu tun hat, findet in manchen Hirsche keinen Eingang. Auch das überrascht uns nicht. Den von uns dargestellten Unterschied werden die Hohlköpfe, die in diesen Blättern die Gewerkschaftsbewegung mißhandeln, nie begreifen, und wir verzichten daher auf weitere Belehrungsversuche. Wollten wir aber unseren Lesern noch einmal auseinandersetzen, daß der Vorwurf, wir wollten die Arbeitsgemeinschaften verteidigen, uns nicht treffen kann, so hieße das, das Fassungsvermögen unserer Leser und Parteigenossen zu niedrig einschätzen.

Ueber die wichtigsten Teile unseres Artikels hüpfen die „Internationale“ hinweg. Sie schreibt, ihr Standpunkt gegenüber unserem „halboberflächlichen Bekenntnis zur Arbeitsgemeinschaft und ganz unerschämten Aufruf zur parlamentarischen Beglückung des Proletariats“ sei gegeben. Wir bitten um Verzeihung, aber wir vermissen jeden „Standpunkt“. Man sucht sich durch geschwollenes Gerede um die Anerkennung der Tatsachen herumzudrücken, auf die wir uns stützen. Auch das war vorzuziehen.

Es bleibt die Frage: Stellen wir den Gewerkschaften auch in Zukunft die Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Möglichkeit zu verbessern oder doch wenigstens auf einem erträglichen Niveau zu halten? Auf diese Frage geht die „Internationale“ nicht ein. Weisen wir den Gewerkschaften diese Aufgabe zu, so müssen wir ihnen auch die Möglichkeiten zur Erfüllung dieser Aufgabe, wie sie in vielerlei Einrichtungen der neueren Sozialpolitik gegeben sind, auszunutzen gestatten. Will die „Internationale“ das nicht, will sie die Arbeiterschaft, die mit Aufbietung aller ihrer Kraft gegen den Ansturm des strafforganisierten Unternehmertums ankämpft, der Verleumdung anheimgeben, dann mag sie diese Methoden ablehnen und die Arbeiterschaft weiter in Verwirrung bringen. Einst wird sie den verdienten Dank erhalten.

Deutschland läßt seine Verträge vom Völkerbund registrieren. Der Völkerbund hat neue Verträge, die ihm vorgelegt sind, veröffentlicht. Der erste Teil seiner Veröffentlichung umfaßt neun Verträge, die lediglich Staaten betreffen. Bisher sind 26 Verträge registriert, davon allein 16 von England. Deutschland hat, obwohl es dem Völkerbund noch nicht angeschlossen ist, doch es alle seine Verträge registrieren lassen wird. Der zweite Teil über die neuen Verträge wird demnächst veröffentlicht werden.

Die sofortige Rücklieferung der deutschen Güterwagen aus Oberschlesien verlangt die Interalliierte Kommission von der Warschauer Regierung. Die Polen hätten die Wagen in Verbindung mit den Kohlen- und anderen Transporten erhalten, sie aber bisher für eigene und sogar für militärische Zwecke benützt. Die Interalliierte Kommission verließ ihren Vorstellungen dadurch Nachdruck, daß sie im Weiterungsfalle die Einstellung der Kohlenlieferungen in Aussicht stellte. Die jetzige zeitweilige Einstellung

heißt, kein Anschlag verfolge bei seiner Dynamik, von einer miterlebenden Durchgeißelung war nichts zu spüren.

Im Seehofenkaal vibrierte Chopin durch den Raum. Moriz Rosen hat jauberte Hausweilen aus dem Flügel. Wippendes Kolofos... schwingendes Kolofos... F. F. W.

„Der verjüngte Adolar“ verübt jetzt im Theater in der Kommandantenstraße seine alten „Vorsprünge“. Natürlich konnte Professor Steinach dem Schicksal nicht entgehen, vertribig zu werden, denn unsere Poffenfabrikanten zeiten schnell. Der Gelehrte bleibt arm und in seinen weltbewegenden Forderungen auf farge Wohltätigkeitsunterstützung angewiesen, aber seine theatralischen Konjunkturjahren scheitern das Geld. So war es ja auch mit dem Musikkreis Schabers, das erst in der Operettenverfilmung des „Dreimäderlhauses“ seinen illegitimen Ruhmlehren goldenen Lohn brachte. Das ist der Lauf der (bürgerlichen) Welt. Also Kurt Kraach nahm ein paar seiner ältesten Schwanzfiguren und verjüngte den vertribigten Schwanzgerpapa aus Paradiß durch tierische Drüsenübertragung. Es entsteht nun bei geschwollener Pubertät jene angenehme Mischung von Lebemann und Ziegenbock, die die richtige Grundlage ist für den „Helden“ einer modernen Summeloperette. Es ist nicht Steinaach, sondern, ach zum Steinerweichen. Mit der Verjüngung von Adolar sind auch moderne Verblündererzählungen verknüpft und dieser Verblündererzählung haben die schlanen Macher auch das dankbare Publikum unterworfen. Aber die Reizhaft der Leute, die heute noch die Amüsertheater füllen, sind deshalb nicht böse. Im Gegenteil, nur immer feste druff, und je dümmere, desto vergnügter. Dazu ein Chor der nackten Beine, elegante Entfaltungskostüme, Ausstattung, Tänze und die spitzige Musik Walter Kollos, für den als Komponist und Direktor des Hauses das Geschäft schon richtig ist. Dafür daß die Sache so erfolgreich „geschmissen“ wurde, kann er sich besonders bei der stets grätzigen und tanzenden Alice Hech und bei der drollig biden Komit Jerry Sillas bedanken. E. S.

Im Großen Schauspielhaus ist während der Sommermonate eine heuliche Veränderung vorgenommen worden, von der für die Klangwirkung des Orchesters eine wesentliche Steigerung zu erwarten ist. Die Abonnenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellungserie des ersten Abonnementsabendes (Danton) am Donnerstag, den 4. November mit der 33. Abteilung beendet wurde. Die Vorstellungen des zweiten Abonnementsabendes (2. Abend) beginnen am Dienstag, den 9. November und zwar mit der 5. Abteilung. Die Reihensfolge der Abteilungen für den zweiten Abend ist: 5. bis inkl. 25. Abteilung fortlaufend, dann 27., 29., 31. und 33. Abteilung, hierauf 1. bis inkl. 4. Abteilung. Zwardowski spricht an seinem ersten Vortragabend in der Session Freitag, 12. November, 7 1/2 Uhr: „Novellen des Todes“ (Leonhard Frank, Georg Heym).

des Personenverkehrs in Polen wird in Zusammenhang gebracht mit der Freimachung von Maschinen für den Rücktransport der deutschen Güterwagen.

Gewerkschaftskommission

Bericht der Studienkommission über Rußland

Am Donnerstag hielt die Berliner Gewerkschaftskommission eine Plenarversammlung ab, um den Bericht der vor einem Vierteljahr nach Sowjetrußland entsandten Studienkommission, bestehend aus den Genossen Czerny, Ruck, Schumacher, entgegenzunehmen.

Der Eintritt in die Tagesordnung teilt Volkmerhaus mit, daß die Photographen mit den Innungen im Lohnkampf stehen. Die Situation ist eine schwierige, da die Innungen jede Verhandlung ablehnen. Die Berliner Gewerkschaftskommission erklärt dazu, daß sie die Photographen in ihrem Kampf unterstützen und nötigenfalls nicht vor dem Boykott zurückzucken wird.

Der Vorsitzende Sabath teilt dann mit, daß der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission einen Aufruf an die Arbeiter und Angestellten beschlossen hat, in dem diese aufgefordert werden, den Gebirgsbau der Revolution und der für sie gekraften Opfer durch Arbeiterruhe zu bezeugen.

Als erster Berichterstatter über Sowjetrußland schilderte dann Ruck den

gegenwärtigen Stand der russischen Wirtschaft.

Einleitend schilderte Ruck die Einstellung der russischen Industrie zur Erfordernissen des Krieges. Ihre Konstellation war organisatorisch, wie besonders auch finanziell äußerst ungünstig, so daß sie den Bedürfnissen des Krieges in keiner Weise Rechnung tragen konnte.

Nach der Februar-Revolution bildeten sich militär-industrielle Komitees, die die Kontrolle und zum Teil auch die Leitung der Produktion übernahmen. Erst jetzt wuchsen die russischen Gewerkschaften zu Machtfaktoren aus. In den Betrieben wurden Fabrikkomitees gebildet. Die eigentliche Leitung des Betriebes lag jedoch noch vor in den Händen der Unternehmer. Erst die Oktober-Revolution machte, nachdem die Bolschewiki die politische Macht an sich gerissen hatten, diese Komitees zu Leitern der Betriebe. Die kollektive Betriebsleitung wurde eingeführt, die jedoch sehr ungünstige Resultate zeitigte.

Ruck schilderte dann die Aufgaben der russischen Gewerkschaften in der überlitterten russischen Republik. Bei der Gliederung der russischen Wirtschaft wird nach streng zentralistischem Prinzip gearbeitet. Der Kopf dieser Gliederung ist der Volkswirtschaftsrat. Die kollektive Betriebsführung soll jetzt wieder durch die Einzelbetriebsleitung ersetzt werden. Auch die Ingenieure und Techniker stellen sich jetzt in den Dienst des Wiederaufbaus der russischen Wirtschaft.

Ruck gab dann den Inhalt einer Unterredung, die die Kommission mit dem Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrats Krow geübt hat, bekannt. Dieser hat erklärt, daß die russische Industrie großen Mangel an bestimmten Rohstoffen, aber auch an hochqualifizierten Arbeitern leide.

Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland im Interesse beider Länder, zum mindesten könnte der Austauschhandel beginnen. Daß andere Länder ihre Interessen besser wahrzunehmen suchten, gehe z. B. aus der Tatsache hervor, daß der bekannte amerikanische Millardär Vandenbilt gegenwärtig in Rußland weilte, um die ersten Beziehungen anzuknüpfen.

Der nächste Berichterstatter Czerny schilderte die Entwicklung und den Aufgabenkreis der russischen Gewerkschaften. Er betont im besonderen, daß die russischen Gewerkschaften sich zur Aufgabe gestellt haben, die russischen Arbeiter, besonders die Jugendlichen (Lehrlinge) einer gründlichen Schulung auf allen Gebieten des Fachwissens zu unterwerfen. Man könne feststellen, daß der Aufbau der russischen Wirtschaft trotz Krieg und Konterrevolution rüstig vorwärtsschreite.

Schumacher gab eingangs seiner Ausführungen eine Uebersicht über die gegenwärtige Lage der russischen Volkswirtschaft. Er betonte im besonderen, daß die Geldwertierung in Rußland immer mehr fortschreite. So kostete z. B. ein Hund Butter (400 Gr.) bei Ankunft der Kommission 9000 Rubel, bei ihrer Abreise dagegen schon 12000. Zur Frage der

Auswanderung der westeuropäischen Arbeiter

nach Sowjetrußland erklärte die Kommission mit allem Nachdruck, daß die Einwanderung unter keinen Umständen zu empfehlen ist.

Der Redner geht dann auf

die internationale Frage

ein. In mehreren Besprechungen, u. a. auch mit Sinowjew, habe die Delegation den Standpunkt der russischen Gewerkschaftler kennen gelernt. Im Anschluß an den zweiten Kongreß der 3. Internationale haben oppositionelle Vertreter einiger Länder zu der internationalen Gewerkschaftsfrage Stellung genommen. Diese bildeten den Internationalen Rat der Gewerkschaften, der sich die Aufgabe gestellt hat, die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale mit allen Mitteln zu bekämpfen und die Gewerkschaften aller Länder zu einer revolutionären Internationale zusammenzuschließen. Im Mai nächsten Jahres soll ein internationaler Kongreß stattfinden, zu dem gewerkschaftliche Organisationen, die die Amsterdamer Internationale ablehnen, Vertreter entsenden sollen. Zum Schluß seiner Ausführungen spricht sich Schumacher für eine Bekämpfung dieses Kongresses aus.

Auf Anregung des Vorsitzenden Sabath beschloß die Gewerkschaftskommission in einer in der nächsten Woche einuberufenen Versammlung, über den gedruckten Bericht zu diskutieren. Zum Schluß der gestrigen Sitzung hielt der anwesende russische Gewerkschaftler Belin eine kurze Ansprache, in der er einige Ergänzungen zu dem gegebenen Bericht machte. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Aus der Wirtschaft

Die Kreditorganisation für die deutsche Industrie

Wie das offiziöse Telegraphenbureau mitteilt, ist die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht, die Regierung habe das Projekt einer Kreditorganisation für die deutsche Industrie fallen lassen, nicht zutreffend. Der Reichswirtschaftsminister hat sich auf dem Bankierkongreß nur gegen den irreführenden Namen Reichswirtschaftsbank gewandt, um damit auszudrücken, daß es sich nicht um ein neu zu gründendes Bankunternehmen handelt, sondern gegebenenfalls nur um eine mit den Banken gemeinsam anzubauende Kreditorganisation für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. — Das bedeutet also, daß der Widerstand der Banken gegen den Plan der Wirtschaftsbank durch Zugeständnisse an sie beseitigt worden ist.

Nach Stinnes Rückkehr

Mit unheimlicher Geschwindigkeit schreitet die Vertreibung der Schwerindustrie vorwärts. Wir berichteten schon von den erfolgreichsten Verlusten Stinnes, seinen Konzern ins Kollaps zu bringen, und nun beginnt der Schwerindustrie Kollaps seinen Konzern zu konfiszieren und zu erweitern. Er will alle Unternehmungen, die er besitzt oder kontrolliert (d. h. in denen er die Aktienmehrheit hat) zu einer großen „Kombination“ vereinigen, deren Spitzengesellschaft der Vorkämpfer Hüttenverein sein soll. Die anderen Gesellschaften, auf die Stinnes den maßgebenden Einfluß hat, sind: die Kaiser Eisen- u. S., die jetzt in eine engere Verbindung mit der Königsborn u. S. gebracht werden soll, um ihre Kohlen-

versorgung zu sichern, die Georgs-Marlenhütte, die Mannsbaed. u. S. und die Düsseldorf-Draht-Industrie.

Um zu veranschaulichen, welche Kapitalmassen hier in einer Hand vereinigt werden, seien die Gewinnziffern einer dieser Gesellschaften angeführt, der Georgs-Marlenhütte, die eben veröffentlicht wurden: Sie erzielte in diesem Jahr einen Betriebsüberschuss von 14,42 Mill. M. gegenüber 7,29 Mill. M. im Vorjahr und nach Abzug von Abschreibungen im Betrage von 5,88 (3,99 i. Vj.) Mill. M. verblieb ihr ein Reingewinn von 2,29 Mill. M., aus dem sie 8 Prozent Dividende verteilte. Im Vorjahr war keine Dividende verteilt worden. Heuer ist es möglich, obwohl die Produktionsziffern die des Vorjahres nicht erreichten!

Vom Farbstoff-Kartell

Die große deutsche Farbstoffgesellschaften, an deren Spitze die Farbwerte normals Meister, Lucius und Brünnings in Höchst a. M. stehen, sind in einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, die bis zum Jahre 1935 läuft. Diese soll nun nach einer Mitteilung der Höchst Farbwerte bis zum 31. Dezember 1929 verlängert werden. Wir garantieren den Herren, daß die Arbeiter schon dafür sorgen werden, daß inzwischen das Kartell überflüssig geworden ist! Außerdem soll das Kartell eine große Gesellschaft mit 500 Millionen Mark zur finanziellen Sicherstellung des Ausbaus der Stickstoffindustrie gründen. In die Gesellschaft werden die jetzt von der badischen Anilin- und Sodafabrik betriebenen Stickstofffabriken in Oppau und Kelsberg eingebracht werden.

Auch wir halten den Ausbau der Stickstoffindustrie zur Steigerung der Erzeugung der Landwirtschaft für dringend notwendig. Aber die Arbeiterschaft hat das allergrößte Interesse daran, daß zur Verwendung der Düngemittel und zur Niederhaltung der Getreidepreise auch die Kunstdüngerpreise so niedrig als möglich bemessen werden. Solange aber an der Stickstoffindustrie das Privatkapital noch beteiligt ist, und die Preise von willkürlichen behördlichen Organen festgesetzt werden, werden ihrem Profitinteresse die volkswirtschaftlichen Interessen geopfert werden.

Gewerkschaftliches

Gesetzgeberisches Flickwerk

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben:

Durch Verordnung vom 12. Mai 1920 wurde die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts auf alle diejenigen Angestellten ausgedehnt, die mehr als 5000 M. bis zu 15 000 M. im Jahre verdienen. Zu gleicher Zeit wurde die Berufungssumme von 300 M. auf 1000 M. heraufgesetzt. Nachdem auf den entschiedenen Einspruch der Angestellten wegen der Unzulänglichkeit der festgesetzten Gehaltsgrenze sich die Regierung veranlaßt sah, erneut in Erwägungen einzutreten, ist nunmehr das Ergebnis derselben durch eine neue Verordnung der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Danach ist das Kaufmannsgericht zuständig für alle Streitigkeiten aus dem Dienstvertrage der Handlungsgehilfen, sofern der Handlungsgehilfe nicht mehr als 30 000 M. pro Jahr verdient. Dagegen ist übersehen worden, zu gleicher Zeit die für die Berufung in Betracht kommende Streitsumme zu erhöhen. Die Kaufmannsgerichte sind feinerzeit geschaffen worden, um den wirtschaftlich schwachen Angestellten die Möglichkeit einer schnellen Rechtsprechung zu gewährleisten und so zu verhindern, daß Rechtsstreitigkeiten lediglich deshalb nicht ausgefochten werden können, weil der Angestellte die Kosten der Vertretung vor dem Amts- oder Landgericht nicht ausbringen bzw. den langwierigen Gang der Verhandlungen nicht abwarten kann. Die zur Zeit geltende berufungsfähige Summe ist 1000 M. Da es sich in Fällen von ungeschäftlichen Entlassungen in der Regel um mindestens ein Monatsgehalt handelt, sehr häufig aber in Folge der längeren Kündigungsfrist um 2 bis 3 Monatsgehälter, so werden die Kaufmannsgerichte zu einem erheblichen Teil unwirksam für alle diejenigen Angestellten, deren Gehalt monatlich 1000 M. übersteigt. Es ist einfach unverständlich, in welcher Weise in den einschlägigen Dingen, gelegentlich des Erlasses von Verordnungen, vorbeigegangen wird, und es wäre dringend zu empfehlen, den vorstehend gekennzeichneten Uebelstand schleunigst aus dem Wege zu räumen.

Die Wahl zu den Kaufmannsgerichten sollte bis zum 31. Dezember 1920 durchgeführt sein. Sofern das nicht geschehen ist, wird die Amtsdauer der bisherigen Richter bis zur Durchführung der Neuwahlen, jedoch längstens bis zum 1. März 1921, verlängert. In Berlin ist auf Grund einer besonderen Bestimmung die Möglichkeit gegeben, die Geltungsdauer der Mandate in den bisherigen Kaufmannsgerichten bis zum 30. Juni 1921 zu verlängern.

Es liegt nicht im Interesse der Gemeinde Groß-Berlin, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Wir haben aber bei der Neugestaltung des Kaufmannsgerichts Berlin den dringenden Wunsch, daß mit der bisherigen Zerstückelung ausgedrückt und ein einheitliches, zentral gelegenes Kaufmannsgericht Groß-Berlin geschaffen wird, das nach Industriegruppen gegliedert, eine geordnete Durchführung der Rechtsprechung ermöglicht und Gewähr für eine vernünftige Rechtsprechung bietet. Die Erfahrungen beim Schlichtungsausschuss zeigen uns, daß verkehrtschulische Schwierigkeiten nicht in Betracht kommen. Bei Gliederung Berlins in 20 Bezirke würde die Errichtung von Bezirkskaufmannsgerichten eine viel größere Ersparnis bringen, als die zentrale Regelung.

Die Angestellten, die in der Hauptsache das Gericht in Anspruch nehmen, wohnen vielfach nicht im Orte der Handelsniederlassung, in der sie beschäftigt sind, während sich die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts nach dem Ort richtet, in dem die Handelsniederlassung ihren Sitz hat. Es dürfte vielfach schwerlicher sein, von einem bisherigen Vorort nach dem andern zu gelangen, als beispielsweise von diesem Vorort direkt nach Berlin. Hinzu kommen Bedenken bezüglich der Befreiung der Bezirksgerichte aus den im Bezirk ansässigen bzw. beschäftigten Prinzipale und Gehilfen. Es hat sich vielfach in kleineren Orten bemerkbar gemacht, daß die persönliche Bekanntheit der jeweiligen Richter bzw. Richter mit den an jenem kleinen Ort ansässigen Geschäftsinhabern zum Nachteil für die betroffenen Angestellten ausgefallen ist.

Bei der zentralen Regelung sollen derartige Möglichkeiten fort und es wird sich auch eine viel einheitlichere und nach bestimmten Gesichtspunkten erfolgende Rechtsprechung ergeben, als bei der bezirklichen Gliederung und der mangelhaften Verbindungspunkte der Bezirksgerichte untereinander. Insbesondere dürfte die Frage der Erhaltung von Gutachten viel zweckmäßiger von einem zentral aufgebauten Kaufmannsgericht erfolgen, als wenn jedes einzelne Bezirksgericht, von ganz anderen Voraussetzungen ausgehend, zu andern Schlüssen gelangt, während bei der Vereinheitlichung der Austausch der gegenseitigen Meinungen die Möglichkeit einer einheitlichen Stellungnahme viel besser gewährleistet ist, als bei der Zerissenheit in viele einzelne Bezirke. Auch aus Gründen der räumlichen Ersparnis möchte sich der Magistrat für das zentrale Kaufmannsgericht einsetzen und von der bezirklichen Gliederung absehen.

Die Zukunft der Opposition im graphischen Gewerbe?

Von einem Buchdrucker wird uns geschrieben: Nach Beendigung des Krieges fand sich ein großer Teil Berufsgenossen zusammen, um die Schaffung eines graphischen Industrieverbandes zu propagieren: Buchdrucker, Buchbinder, Steindruck- und Hilfsarbeiter ohne Unterschied der Partei. In Leipzig erschien allmonatlich der „Graphische Bloß“, welcher sich bald über ganz Deutschland verbreitete als „Organ für die Förderung des graphischen Industrieverbandes auf der Grundlage des Betriebsratsystems“. Der „Graphische Bloß“ betämpfte scharf die Arbeitsgemeinschaftspolitik und war den Kollegen, welche an

